

Aufrüstungsterror

Florierendes Kriegsgeschäft: Rheinmetall plant Panzerdeal mit Türkei.

Gewinnsprung auch bei Airbus. Bayern ist deutscher Waffenexportmeister

Susan Bonath

Abgelegte Panzer der Bundeswehr waren gestern: Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan will mit eigener Produktion aufrüsten. Dem deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall mit Hauptsitz in Düsseldorf winkt damit ein profitables Geschäft. Wie die *Welt* am Donnerstag berichtet hatte, beteiligt sich dieser an einem deutsch-malaysisch-türkischen Unternehmen mit Sitz in der Türkei. Das soll Panzer bauen.

Rheinmetall bestätigte gegenüber dem Blatt die Existenz der neugegründeten Firma. Details wollte der Konzern aus »Vertraulichkeitsgründen« nicht herausgeben. Wie die *Welt* aus »Branchenkreisen« erfahren haben will, hält der türkische Hersteller von Militärfahrzeugen, LKW und Bussen, BMC, die meisten Anteile. Zugleich habe sich BMC um einen Riesenauftrag zur Serienproduktion des türkischen Panzers Altay beworben. Als Sprungbrett in den asiatischen Raum sei die malaysische Rüstungsfirma Etika eingebunden. In Malaysia hat Rheinmetall bereits eine Tochtergesellschaft und ist zudem außerhalb von Deutschland in den USA, den Niederlanden, der Schweiz, in Kanada, Südafrika, Österreich, Italien und Norwegen ansässig. Laut Sprecher geht es um ein langfristiges Geschäft. Die Firma werde in den nächsten Jahren »mit Leben gefüllt«.

Schon 2015 hatte Rheinmetall angekündigt, die Zusammenarbeit mit der Türkei auszubauen. Angestrebt sei eine Gemeinschaftsfirma zur Munitionsproduktion mit dem staatlichen Rüstungskonzern MKEK, hieß es damals. Diese Gründung steht noch aus. Auch auf den Panzerdeal hatte Rheinmetall bereits spekuliert.

Neben der Rüstungsproduktion verdient der Konzern an der Ausbildung deutscher und NATO-Soldaten. Im Gefechtsübungszentrum GÜZ in der sachsen-anhaltischen Altmark betreibt er dafür als »einer der größten Arbeitgeber der Region« ein Dienstleistungszentrum, zu welchem demnächst auch das im Bau befindliche »urbane Übungszentrum« gehören wird. Dort oder in anderen Einrichtungen des Truppenübungsplatzes könnten demnächst Soldaten und Polizisten für Inlandseinsätze zusammen trainieren.

Im aktuellen Halbjahresbericht verschweigt Rheinmetall die neue Holding. Vom Kriegsgeschäft profitierte der Konzern dennoch: Seinen Umsatz steigerte der Konzern demnach im zweiten Quartal 2016 um 16 Prozent auf 1,42 Milliarden Euro. In der Rüstungssparte kletterte der Umsatz sogar um 19 Prozent auf 1,25 Milliarden Euro. Hier verbuchte Rheinmetall im ersten Halbjahr einen um 42 Prozent höheren Auftragseingang als im Vorjahr. Auch andere Hersteller von Kriegsgeschäft profitieren von der wachsenden Nachfrage. Wie Ende Juli bekannt wurde, konnte Airbus sein Betriebsergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) im zurückliegenden Jahr von 1,52 Milliarden Euro auf 1,76 Milliarden Euro hochschrauben. Laut *Der Aktionär* strebt Airbus für 2016 ein EBIT von 4,1 Milliarden bei einem Umsatz von 64,5 Milliarden Euro an.

Bei den Waffenexporten liegen bayrische Hersteller ganz vorne, wie vergangenen Dienstag der *Münchner Merkur* berichtet hatte. Mit 55 Prozent stammten danach 2015 mehr als die Hälfte aller Ausfuhren aus dem CSU-regierten Freistaat. 90 Prozent dieser Waffen seien an sogenannte Drittstaaten, darunter Irak, Kuwait und Katar geliefert worden. Demnach setzten bayrische Firmen 4,33 Milliarden Euro durch Waffenlieferungen um, vor allem mit Kampfpanzern und -hubschraubern.

Nationale Kampftruppe

»Sicherheitslücken« kann Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht nicht ausstehen. Die gebe es bei der Registrierung von Asylsuchenden, widersprach der CDU-Poliker vergangene Woche dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), und bei der Terrorabwehr. Sein Angebot an die Verteidigungsministerin steht: Polizei und Bundeswehr sollen für gemeinsame Einsätze im Inneren üben, und zwar in Sachsen-Anhalt. Das trifft sich gut: Ursula von der Leyen (CDU) kümmert sich nach mehreren Anschlägen gerade um »terroristische Großlagen«. Noch Ende August will sie mit den Innenministern der Länder über Einsatzszenarien und -orte für das Training von Militär und Polizei entscheiden. Ziel sei eine Stabsrahmenübung im Herbst, ergänzte ihr Sprecher Boris Nann in einem *Bild*-Interview der Ministerin kurz vor dem Wochenende.

Der CDU-Abgeordnete Wolfgang Bosbach geißelte die Kritiker der Linkspartei und,

vereinzelt, aus der SPD. Seitdem das Bundesverfassungsgericht 2012 kein Problem darin gesehen hatte, werde schließlich das Heer schon im Inneren eingesetzt. »Es geht doch nicht darum, den Terror mit militärischen Mitteln zu bekämpfen«, entrüstete sich Bosbach. Man könnte die Soldaten vielmehr beim Objektschutz einsetzen.

Der CSU reicht das nicht aus. Für die Bundeswehr sei auch das Grundgesetz zu ändern, um weitergehende Einsätze im Inland zu ermöglichen. Etwa bei der »Grenzsicherung« und »besonderen Gefahrenlagen«, sagte der bayrische Innenminister Joachim Hermann (CSU) jüngst bei der Vorstellung eines bayrischen Konzepts namens »Sicherheit durch Stärke«. (sbo)

<http://www.jungewelt.de/2016/08-08/014.php>